



Der Rote Ortenauer

Mitgliederzeitung der SPD Ortenau

Ausgabe Mai 2023 | Jahrgang 14

Neuer Kreisvorstand - jetzt mit Doppelspitze!



Foto (v. l.): Albert Stubbe, Georg Wegmann, Marc Arias-Siehl, Erdi Ayhan, Jakob Haß, Martine De Coeyer, Matthias Katsch, Saskia Ganter, Ute Seiler, Richard Groß, Helmut Lind, Sebastian Henties, Reda Andreescu und Dr. Johannes Fechner (MdB)

Viel Erfolg!

Kreismitgliederversammlung in Offenburg

Die SPD Ortenau hat sich auf Antrag des Kreisvorsitzenden Matthias Katsch bei ihrer Kreismitgliederversammlung am 13. Mai 2023 im Kasino Offenburg für eine Doppelspitze entschieden: neben Matthias Katsch wird Saskia Ganter (OV Oberkirch) die SPD im Kreis vertreten.

Ihre Stellvertreter sind Erdi Ayhan, Martine De Coeyer und Georg Wegmann. Bei den Beisitzern einigte man sich auf acht, Reda Andreescu, Sebastian Henties, Marc Aria-Siehl, Milena Hotopp, Richard Groß, Helmut Lind, Jakob Haß sowie Albert Stubbe, bestätigt wurde die Kreiskassiererin Ute Seiler. Neu gewählt wurden Marion Selent als Kreisschriftführerin (bisläng Beisitzerin) und Carolin Schröer als Pressereferentin.

Insgesamt hatte die Kreis-SPD an diesem Tag einen Wahl-Marathon zu bewältigen. Die SPD müsse sich nicht verstecken, so Katsch in seinem Bericht, das gemeinsame Ziel müsse lauten: Die Ortenau sozialdemokratischer zu machen, sagte er unter dem Beifall der Mitglieder. Dazu gehöre auch, bei den Kommunalwahlen im kommenden Frühjahr die Rathäuser wieder „rot“ zu färben. Das gelte auch für die OB-Wahlen als Basis für eine erfolgreiche Landtags- und Bundestagswahl. Matthias Katsch sprach den Nachwuchsmangel und Mitgliederschwund an, weswegen das Engagement der Jusos umso höher einzuschätzen sei.

Dieses Engagement zeigte sich auch darin, dass sich viele Jusos für Posten im Kreisvorstand bewarben. Auch MdB Johannes Fechner lobte den aktiven Einsatz der Ortenauer Genossinnen und Genossen, etwa bei den Protesten gegen die AfD oder ähnlichen Aktionen in den vergangenen zwei Jahren. Die Stimmung und Arbeit „der Ampel“ sei besser als es in den Medien und bei den politischen Wettbewerbern dargestellt werde. Vieles habe man umsetzen können, was mit der Union über zwei Jahrzehnte nicht geklappt habe: etwa die Verkleinerung des Bundestages auf 630 Mitglieder.

Mit dem 49-Euro-Ticket wurde nun auch ein Punkt erledigt, der mit der Union nie habe geklärt werden können. Es wird den Pendlern Ausgaben von bis zu 600 Euro jährlich erspart. Außerdem entfällt damit das Problem der Tarifgrenze im Süden der Ortenau.

Dass man bis 2049 klimaneutral sein müsse, könne nicht wegdiskutiert werden. Allerdings müsse der Klimaschutz - Stichwort Habecks Gesetzesvorlage zum Heizungstausch - sozial gerecht sein. In Bezug auf den Zuzug von Migranten stehe viel Arbeit bevor, etwa bei der Anerkennung von Abschlüssen oder der Qualifizierung.

Fechner erinnerte an die bevorstehenden Kommunal- und Europawahlen: „Da geht es um Einiges“.

Um die SPD in der Ortenau schlagkräftiger zu machen, arbeiten die Ortsvereine seit Herbst an Konzepten für mögliche Zusammenlegungen. So haben sich bereits die Ortsvereine Berghaupten, Biberach, Gengenbach und Zell am Harmersbach zur Ortsversammlung „SPD Vorderes Kinzigtal“ zusammengefunden. Weitere Verhandlungen diesbezüglich finden auch in anderen Ortsvereinen statt.

Die Arbeitsgemeinschaften berichteten von ihren jeweiligen Aktionen, und der Mitgliederchor „Die Roten Socken“ wurde für sein zehnjähriges Bestehen geehrt.

Der SPD-Kreisvorstand 2023 - 2025

Kreisvorsitzende: Matthias Katsch und Saskia Ganter
Stellvertretende Kreisvorsitzende: Erdi Ayhan (Nord), Martine De Coeyer (Mitte) und Georg Wegmann (Süd)
Kassiererin: Ute Seiler
Schriftführerin: Marion Selent
Pressereferentin: Carolin Schröer
Beisitzer:innen: Reda Andreescu, Sebastian Henties, Marc Aria-Siehl, Milena Hotopp, Richard Groß, Helmut Lind, Jakob Haß und Albert Stubbe
Kassenprüfer: Frank Meier, Torsten Steiner, Uta Trayer und Gerhard Wöhrle

Die Landesdelegierten für den großen Landesparteitag

Matthias Katsch, Erdi Ayhan, Martine De Coeyer, Andrea Ahlemeyer-Stubbe, Helmut Lind, Claire Eschemann, Saskia Ganter, Helga Pfahler, Richard Groß und Georg Wegmann

Die Landesdelegierten für den kleinen Landesparteitag

Matthias Katsch, Andrea Ahlemeyer-Stubbe, Saskia Ganter, Martine De Coeyer, Richard Groß und Sebastian Henties

E-Mail an die Redaktion:

zeitschrift@spd-ortenau.de

Aus der Bundespolitik

Klimaschutz beim Heizen gerecht gestalten!



Dr. Johannes Fechner, MdB

Liebe Genossinnen und Genossen,

2045 wollen wir in Deutschland klimaneutral sein. Dazu müssen wir auch beim Heizen die CO₂-Emissionen reduzieren. Deswegen hat die Bundesregierung das Gebäudeenergiegesetz beschlossen, wonach 2045 (und zwar erst 2045!) Öl- und Gasheizungen auch in bestehenden Gebäuden ausgetauscht werden müssen. Zum Jahreswechsel 2023/2024 wird eine Verpflichtung in Kraft treten, dass grundsätzlich Neubauten mit klimafreundlichen Heizsystemen und nicht mehr mit Öl- und Gasheizungen ausgestattet werden. Das ist schon heute bei über zwei Drittel aller Neubauten der Fall, eine so große Änderung ist unser Gesetz also nicht. Dass zwei Drittel der Neubauten überwiegend mit Wärmepumpen ausgestattet werden, belegt zudem, dass es genügend Geräte am Markt gibt und unser Gesetz auch umgesetzt werden kann. In Deutschland sind rund 70 % aller Heizungen über 20 Jahre alt, so dass deren Austausch sowieso ansteht. Keinesfalls ist die Sorge vieler Bürgerinnen und Bürger berechtigt, dass zum Jahreswechsel 2023/2024 bestehende Öl- und Gasheizungen ausgetauscht werden müssen. Die sehr ungeschickte Kommunikation von Wirtschaftsminister Habeck hat diese Sorgen leider entstehen lassen. Viele Grüne hätten dies auch gerne gehabt, die SPD hat aber durchgesetzt, dass wir Klimaschutz beim Heizen gerecht gestalten und deshalb eine Austauschpflicht nur für Neubauten gilt und bestehende Heizungen auch repariert werden können. Damit erreichen wir unsere Klimaschutzziele, weil auch die jetzt vorgesehene Regelung in ganz erheblichem Umfang Energie einsparen wird.

Ein zweites Thema für viele Häuslebesitzer ist die Reform der Grundsteuer. Diese hat das Land Baden-Württemberg in ver-

fassungswidriger Weise umgesetzt. Die Kriterien des Landesgesetzes sind nicht präzise genug und es gibt zu viele Ungerechtigkeiten für die Eigentümer und damit auch für die Mieter, die oft die Grundsteuer umgelegt bekommen.

Das große Thema im Bundestag ist aber nach wie vor der russische Angriff auf die Ukraine. Wir unterstützen weiter die Ukraine finanziell und militärisch, andererseits versuchen unser Kanzler Olaf Scholz und Macron intensiv, China dazu zu bewegen, Druck auf Putin auszuüben, damit er den Angriff stoppt. Hoffen wir, dass dies bald von Erfolg gekrönt ist und wir Frieden in der Ukraine bekommen.

Viele Grüße
Euer Johannes



Johannes Fechner (MdB) übernachtet in Berlin bis Herbst wieder im Zelt (Quelle: www.facebook.com/johannesfechner.spd)

Aus der Landespolitik

Klimaziele und Studiengebühren

Ende März hat die SPD-Landtagsfraktion eine wissenschaftliche Studie zur Klimaneutralität von Baden-Württemberg vorgestellt. DIW Econ, die Beratungstochter des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), war von der Fraktion beauftragt worden zu untersuchen, ob das Land auf dem richtigen Weg ist, seine ambitionierten Klimaschutzziele zu erreichen.

Grün-Schwarz setzt Maßnahmen nicht um

Die Landesregierung hat sich gesetzlich dazu verpflichtet, in Baden-Württemberg bis 2040 eine Klimaneutralität zu erreichen. Das Zwischenziel für 2030 ist ein Rückgang der Emissionen um 65 Prozent gegenüber dem Jahr 1990. Die Studie der DIW Econ zeigt nun, dass diese Ziele meilenweit verfehlt werden, weil Grün-Schwarz die nötigen klimapolitischen Maßnahmen nicht ernsthaft umsetzt.

Das Urteil von Claudia Kemfert, Abteilungsleiterin Energie, Verkehr und Umwelt im DIW Berlin, fällt eindeutig aus: „Die bisher realisierten und geplanten landespolitischen Maßnahmen genügen nicht. Der Pfad zur Klimaneutralität erfordert bis 2030 nie dagewesene Anstrengungen in allen Sektoren. Nur ein umfassendes Maßnahmenpaket, das alle bestehenden Hemmnisse angeht, hat das Potential, den Pfad zur Klimaneutralität rechtzeitig einzuschlagen.“

Die grün-schwarze Landesregierung ist dagegen auf dem Weg daran zu scheitern, ihre eigenen Klimaziele einzuhalten. Damit bedroht Grün-Schwarz auch den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und den Wohlstand in unserem Land. Die SPD-Landtagsfraktion verlangt deshalb Taten für echten Klimaschutz. Wir sind uns bewusst, dass dies auch dem Landeshaushalt einiges abverlangen wird. Deshalb wird die Fraktion in den kommenden Wochen einen Finanzierungsvorschlag in den Landtag einbringen, damit weitreichende Maßnahmen für den Klimaschutz finanziert werden können.

Zu den Punkten, die wir umsetzen wollen, zählen eine Abwrackprämie für den Austausch von Öl- und Gasheizungen, die Erhöhung des Mindestflächenziels für Wind- und Solaranlagen auf drei Prozent und die Umsetzung und nachhaltige Finanzierung der Mobilitätsgarantie im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Zudem ist für die SPD ein milliarden-schweres Landesförderprogramm für die energetische Sanierung von Mehrfamilienhäusern und eine Ausbauoffensive für E-Ladesäulen notwendig. Dabei geht es nicht nur um Geld und Gesetze, sondern auch um Arbeitskräfte: Da bei der Umsetzung der Klimaziele ein riesiger Fachkräftebedarf besteht, schlägt die SPD ein Landeskompetenzzentrum zur Stärkung klimarelevanter Handwerksberufe vor.



Gabi Rolland, MdL

Studiengebühren sind unsozial

In der Plenarsitzung des Landtags am 20. April 2023 erklärten Grüne und CDU im Verlauf der Debatte zum Thema „Fachkräfte gewinnen statt Zukunft verspielen“, dass sie bereit seien, die Studiengebühren für ausländische Studierende - also alle, die aus Nicht-EU-Staaten stammen - und für ein Zweitstudium abzuschaffen. So überraschend der Zeitpunkt der Erklärung auch war, er war überfällig.

Die SPD-Landtagsfraktion lehnte von Anfang an die Studiengebühren ab, die Grün-Schwarz zum Wintersemester 2017/18 eingeführt hatte. Unzählige Male hat unsere Fraktion - etwa bei den Haushaltsberatungen - ihre Abschaffung gefordert. Denn Studiengebühren sind unsozial. Baden-Württemberg bedarf kluger Köpfe aus dem Ausland, um seine Zukunft erfolgreich zu gestalten. Der beste Weg diese zu gewinnen ist, sie zu einem Studium zu uns einzuladen. Dass mit Studiengebühren dieser Weg erschwert wird, haben nun offenbar auch endlich Grüne und CDU begriffen. Die SPD-Landtagsfraktion wird sie nun beim Wort nehmen und zügig einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen. Dann können die Regierungsfractionen ihren Worten auch Taten folgen lassen.

Viele Grüße
Eure Gabi Rolland, MdL

Jusos Ortenau wählen neuen Vorstand



Der neue Juso-Vorstand 2023 (v.l.n.r.): Belinda Akel, Anton Schmittke, Milena Hotopp, Claire Eschemann, Jakob Haß, Sven Hartung, Reda Andresscu und Timo Kaufmann.

Im März fand in Schutterwald die diesjährige Jahreshauptversammlung des Juso-Kreisverbands Ortenau statt. Neben einem Rückblick auf das vergangene Arbeitsjahr fanden Vorstands- und Delegiertenwahlen statt.

Eröffnet wurde die Veranstaltung mit einem digitalen Grußwort von René Repasi, Mitglied des Europäischen Parlaments, und Matthias Katsch, SPD-Kreisvorsitzender. Katsch erklärte in seiner Rede: "Sicherheitspolitik und Klimawandel erfordern starke sozialdemokratische Antworten. Gerade junge Menschen, um deren Zukunft es geht, spielen dabei eine entscheidende Rolle".

Bei den anschließenden Vorstandswahlen wurde die bestehende Doppelspitze aus Claire Eschemann (16) und Sven Hartung (28) genauso wie die zwei Stellvertreter*innen Jakob Haß und Milena Hotopp in ihrem Amt bestätigt.

In ihrer Bewerbungsrede betonten Eschemann und Hartung, dass sie auch im kommenden Arbeitsjahr das Thema Europa in den Mittelpunkt stellen wollen. Die EU sei ein großartiges Projekt, aber sie habe auch ihre Schwächen. Gerade für junge Menschen sei es daher wichtig, gegen Abschottung und für eine offene, solidarische und gerechte EU zu kämpfen. Hartung betonte, dass die Ortenau und insbesondere der Eurodistrikt im Herzen Europas liegen und wir dies bei unserer Arbeit immer im Auge behalten müssen. Neben diesem Schwerpunkt wollen die Vorsitzenden auch auf kommunaler Ebene ein starkes Zeichen setzen: "Wir werden 2024 viele junge Menschen ins Rennen um die Gemeinderatsmandate in der Ortenau schicken, denn nur so ist es möglich, Klimaschutz- und Sozialpolitik auch auf kommunaler Ebene umzusetzen".

Bei den, in diesem Jahr heftig umkämpften Beisitzer*innenposten, konnte sich der bestehende Vorstand stark behaupten. Timo Kaufmann, Daniel Busam, Anton Schmidtke und Reda Andresscu gehören dem Vorstand weiterhin an. Timo Kaufmann, der einstimmig wiedergewählt wurde, erwähnte in seiner Rede, dass besonders die vielen Veranstaltungen und Aktivitäten sowie der Zusammenhalt innerhalb des Vorstandes das vergangene Arbeitsjahr so erfolgreich gemacht hätten. Als neues Mitglied im Vorstand begrüßten die Jusos Ortenau Belinda Akel. Die angehende Lehrerin aus Kehl war bis 2020 stellvertretende Vorsitzende der Jusos Ortenau und will nun gemeinsam mit dem neuen Vorstand wieder ein Zeichen für Solidarität und Gerechtigkeit in der Region setzen.

Starker Protest gegen den Landesparteitag der AfD



Am 04.03.2023 fand in Offenburg der Landesparteitag der AfD in Offenburg statt.

Leider haben diese Demonstranten und die Polizei genau die Bilder geliefert, die die AfD braucht für ihre Propaganda :-)

Ca 1.200 Teilnehmende trugen einen kraftvollen und bunten Protest gegen diesen Landesparteitag auf die Straße. Bei der Demo des Bündnisses "Aufstehen gegen Rassismus (AgR)" für Vielfalt, Respekt, Solidarität und Würde in unserer Gesellschaft wurde friedlich, aber laut deutlich gemacht: Hass und Hetze sind in Offenburg nicht willkommen! Unter der Beteiligung vieler Parteien, Gewerkschaften, Sportvereinen, Kirchen, Familien und Organisationen wurde klar aufgezeigt: Offenburg steht für Vielfalt und nicht für rückwärtsgewandte Ideologien.

Rednerinnen und Redner, darunter MdB Johannes Fechner und Sven Hartung von den Jusos, die vor dem Rathaus und vor der Messehalle sprachen, machten deutlich, dass die AfD keine Alternative für unser Land ist.

Statt Bilder friedlich demonstrierender Menschen bleiben im Gedächtnis die Bilder, die durch alle Medien gingen: nämlich die Bilder einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Polizei und Demonstranten.

Was war passiert?

Ein "schwarze Block" hatte sich der Demo der AgR angeschlossen, beteiligte sich aber ohne nennenswerten Zwischenfall. Diese Demo endete gegen 13:30 Uhr.

Bei einer weiteren, **zweiten Demo**, die ab 14 Uhr angemeldet war, kam es dann zu den Ausschreitungen zwischen Demonstranten und der Polizei!

Helga Pfahler, Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Hohberg, berichtet: „Am Ende ‚unserer‘ Demo gegen 13:30 Uhr sind wir in Richtung Innenstadt gelaufen. Auf dem Weg dahin haben wir den gestoppten Demozug gesehen und nicht verstanden, warum die Polizei die Demonstranten nicht einfach weiterlaufen ließ. Dass die Situation dann so aus dem Ruder laufen würde, war da nicht zu erkennen. Die Gruppe der Antifa war anscheinend zu früh losgelaufen. Daher hielt die Polizei diesen Demozug an. Warum dies so eskaliert ist,



wird hoffentlich gut aufgeklärt werden. Die Polizei war mit einem Riesenaufgebot vor Ort. Von den schlimmen Ereignissen, die im Nachgang stattfanden, haben wir erst zu Hause in den Nachrichten gehört.“

Flüchtlinge: Falsche Befürchtungen (1)

Gerd Zimmermann im Interview mit Andrea Ahlemeyer-Stubbe

Neustart in der Migrationspolitik

Wenn eine Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge beziehungsweise Asylbewerber eingerichtet werden soll, melden sich oftmals Anwohner mit Befürchtungen wie: die Kriminalität erhöht sich, die Immobilien verlieren an Wert, es würde über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden, die Infrastruktur wird überfordert, mit Flüchtlingen kann dem Fachkräftemangel in Deutschland nicht begegnet werden, da viele über keine Ausbildung verfügen. Andrea Ahlemeyer-Stubbe, Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Gengenbach und Stadträtin in der Kinzigstadt, stellt sich diesen Argumenten und erklärt aus eigener Überzeugung, mit Verweis auf die Bundes-SPD und anderen Quellen.

„Die Kriminalität erhöht sich nicht“

In der polizeilichen Bundeskriminalstatistik wird nicht nach Straftaten von Flüchtlingen unterschieden. Aber bisherige



Containerdorf in Berghaupten

Beobachtungen, zum Beispiel Vorher-Nachher-Vergleiche zeigen, dass es hier keine Auffälligkeiten gibt. Nach der einheitlichen Auffassung von Polizeibehörden sind Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge keine Kriminalitätsschwerpunkte. Dies habe sich u. a. in Berlin, Bremen und Dresden gezeigt, dort führten gemäß den jeweiligen Polizeibehörden neue Asylbewerberunterkünfte nicht zu einer erhöhten Kriminalität. Bei einem etwaigen statistischen Vergleich ist auch zu berücksichtigen, dass es bei Flüchtlingen Straftaten gibt, die nur von Flüchtlingen, aber nicht von Deutschen oder EU-Bürgern begangen werden können, zum Beispiel Verstöße gegen asyl- oder aufenthaltsrechtliche Bestimmungen. Werden solche Verstöße in einer etwaigen Vergleichsstatistik von Straftaten, verübt von Deutschen oder Flüchtlingen, mit hinzugerechnet, entstünde ein falsches Bild. Bezogen auf Flüchtlinge tauchen in der bundesweiten Kriminalstatistik heute lediglich die rassistisch motivierten Straftaten gegen Flüchtlinge auf, Tendenz steigend. Dazu gehörten Beleidigungen, Körperverletzungen, Bedrohungen, Volksverhetzun-

gen, Propagandadelikte, Brandanschläge.

„Immobilien verlieren nicht an Wert“

Ahlemeyer-Stubbe führt zur Befürchtung, dass durch Flüchtlingsunterkünfte die Immobilien in der Nachbarschaft an Wert einbüßten, aus. Dem Eigentümerverband Haus und Grund Deutschland liegen keine Daten vor, die einen Wertverlust durch Flüchtlinge in der Nachbarschaft belegen. Laut der Bildungszentrale für politische Bildung hat auch der Immobilienverband IVD, die bundesweite Interessenvertretung der Makler, keine Erkenntnisse, welche die Ängste von Immobilieneigentümern belegen. Noch deutlicher äußert sich der Wertermittlungsausschuss des Immobilienverbandes Berlin-Brandenburg. Er hält gemäß der Bildungszentrale Ängste vor einem Wertverlust für "subjektive Eindrücke". Die Fakten des Verbands zeigten eindeutig, zwischen der Eröffnung einer Unterkunft für Flüchtlinge und der Immobilienpreisentwicklung besteht kein Zusammenhang.

„Es wird nicht über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden“

„Die Anwohner werden nicht gefragt.“ Das ist eine Aussage, die immer wieder zu hören ist, egal ob beim Bau von Spielplätzen, Fahrradwegen, der Platzierung von Stolpersteinen, die an jüdische Mitbürger erinnern, die in einer Immobilie in der Nachbarschaft wohnten, bis sie von den Nationalsozialisten deportiert wurden, beim Bau von Moscheen, Gemeinschaftseinrichtungen, medizinischen oder psychiatrischen Einrichtungen. Dies wird oft Verbunden mit dem Vorwurf, dass die Anwohner kommunale Entscheidungen erst über die Presse erfahren. Sie fordern, an kommunale Entscheidungen, welche ihre Wohnverhältnisse betreffen, beteiligt zu werden. Die Forderung nach mehr Information und Bürgerbeteiligung ist gut, betont Ahlemeyer-Stubbe. „Wir in Gengenbach führen deshalb Bürgerinformationsveranstaltungen durch, zudem sind die betreffenden Stadtratssitzungen öffentlich, jeder Bürger kann im Vorfeld der Sitzung auf die Fraktionen zugehen und mit ihnen das Anliegen besprechen oder im ersten Tagesordnungspunkt der öffentlichen Gemeinderatssitzung Fragen stellen. Auf die Sitzungen und die Tagesordnung wird im Amtsblatt hingewiesen und die Detailunterlagen stehen auf der Webseite der Stadt bereit. Die SPD-Stadträtin gibt allerdings zu bedenken, dass die kommunalen Verwaltungen meist erst kurzfristig erfahren, dass sie zusätzliche Flüchtlinge unterbringen müssen. Besonders bei solchen zeitkritischen Anliegen - und dazu gehören auch neue Flüchtlingsunterkünfte - sind Bürgerinformationsveranstaltungen nicht langfristig durchführbar. Somit muss oftmals innerhalb kurzer Zeit eine Entscheidung am Machbaren - aus kommunaler Sicht - getroffen werden. Die Gengenbacher SPD-Vorsitzende befürwortet, dass grundsätzlich so schnell und umfassend wie möglich informiert wird. Sie gibt aber auch zu bedenken, dass man als Anwohner ganz generell kein Recht auf Mitsprache bei der Auswahl der zukünftigen Nachbarn hat. (Fortsetzung nächste Seite ...)

Flüchtlinge: Falsche Befürchtungen (2)

Schließlich gibt es kein Recht, sich seine Nachbarn selbst aussuchen zu können.

Wichtig zu wissen sei in diesem Zusammenhang, dass das Asylrecht im Grundgesetz verankert ist und die Unterbringung von Flüchtlingen eine Pflichtaufgabe der Kommunen darstellt. Der prozentuale Anteil an Flüchtlingen, der den einzelnen Bundesländern und Kommunen zugewiesen wird, ist durch Quoten geregelt, die sich aus Steuereinnahmen und Bevölkerungszahlen ergeben.

„Die Infrastruktur wird nicht überfordert“

Vor allem die Bevölkerung in strukturschwachen Regionen, die heute schon unter schlechter Verkehrsanbindung, Ärztemangel und Mangel an Kitaplätzen leidet sowie gegen Schulschließungen kämpfen muss, fürchten, Flüchtlinge belasten die schwache Infrastruktur zusätzlich. Dies mit dem Ergebnis, dass man beispielsweise noch länger auf einen Arzttermin warten müsste. SPD-Frau Ahlemeyer-Stubbe bestätigt, dass in vielen ländlichen Regionen die Unterversorgung ein gravierendes Problem ist. Sie macht aber ebenso darauf aufmerksam, dass Flüchtlinge von der Unterversorgung oftmals stärker betroffen sind, als die Wohnbevölkerung. Meist sind sie nicht mobil, sie haben kein Auto, mit dem sie schnell mal in eine größere Stadt fahren können.

Darüber hinaus meint die Gengenbacher Ortsvereinsvorsitzende, dass ein Flüchtlingswohnheim der Ausdünnung der Infrastruktur in einer Kleinstadt beziehungsweise im ländlichen Raum sogar entgegenwirken kann. Ahlemeyer-Stubbe: „Sobald Flüchtlinge in das Einwohnermelderegister eingetragen sind, erhöht sich die Einwohnerzahl einer Gemeinde. Damit erhöht sich auch die Zuweisung aus dem kommunalen Finanzausgleich, auf die finanzschwache Kommunen angewiesen sind“. Die zusätzlichen Finanzmittel könnten in den Ausbau der Infrastruktur investiert werden.

Hinsichtlich des Fachkräftemangels ist Ahlemeyer-Stubbe überzeugt, dass die Bundesregierung, insbesondere Nancy Faeser, Bundesinnenministerin, und Hubertus Heil, Bundesarbeitsminister, mit ihrer Forderung nach einem gemeinsames europäisches Asylsystem und einem Neustart in der Migrationspolitik auf einem guten Weg sind. Beide wollen legale Fluchtkorridore schaffen und illegale Fluchtwege schließen. Anders gesagt, die reguläre Migration lenken, dadurch Schleuserbanden den Boden entziehen. Niemand verlässt sein Heimatland, die Nachbarschaften und die Familien ohne gute Gründe. Diese Gründe können Krieg, Vertreibung, Verfolgung sein, oder die pure wirtschaftliche Not. Abhängig vom Fluchtgrund suchen die Menschen ein kurz-, mittel- oder langfristige Perspektive, das hat eine direkte Auswirkung auf die Migrationspolitik. Weiter wollen Faeser und Heil die Integration stärken und die Bürokratie abbauen. Darüber hinaus beabsichtigen sie, ein neues Staatsbürgerschaftsrecht zu schaffen. Wer in Deutschland ein anerkanntes Aufenthaltsrecht hat, soll schon nach fünf Jahren einge-

bürgert werden können. Wer besonders gut integriert ist, zum Beispiel über sehr gute Deutschkenntnisse verfügt, herausragende Leistungen in der Schule oder im Beruf vorweisen kann oder sich ehrenamtlich engagiert, soll schon nach drei Jahren den deutschen Pass bekommen. Bei der Einbürgerung muss der Pass des Heimatlandes nicht aufgegeben werden, Doppelpass und Mehrstaatlichkeit wären somit erlaubt. Der Kern der neuen Einwanderungspolitik sei: klare Chancen und Regeln für alle, die neu nach Deutschland kommen. Alle Neuankömmlinge müssen wissen, woran sie sind, was sie erwarten können und was von ihnen erwartet wird.

Die Gengenbacher Stadträtin kann sich vorstellen, dass mit dem neuen Staatsbürgerschaftsrecht gute Anreize für die Integration geschaffen werden. Derzeit leben in Deutschland mehr als zwölf Millionen Menschen, die keinen deutschen Pass haben. Viele von ihnen schon seit mehr als zehn Jahren. Sie sind integrierte aktive Mitglieder der Gesellschaft. Sie können unser Land aber nicht richtig mitgestalten, weil sie die deutsche Staatsbürgerschaft nicht besitzen. Sie dürfen nicht wählen und nicht für öffentliche Ämter kandidieren. Mit der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts ändert sich das. Ahlemeyer-Stubbe meint zu diesem Thema: „Wer sich unserer Gesellschaft zugehörig fühlt, bringt sich eher ein und ist eher bereit, Verantwortung zu übernehmen“. Sie betont, wie viele Genossen in Berlin auch, dass Deutschland sich als ein Einwanderungsland verstehen muss. Das zeigt schon die Statistik. 27,2% der Bevölkerung in Deutschland haben einen Migrationshintergrund, 53% der Bevölkerung mit Migrationshintergrund haben die deutsche Staatsangehörigkeit.

Auch mit Flüchtlingen kann der Fachkräftemangel reduziert werden

Um die berufliche Integration zu beschleunigen, werden berufliche Qualifikationen schneller anerkannt. Dies hat das Bundeskabinett schon beschlossen. Demnach kann in Deutschland arbeiten, wer mindestens zwei Jahre Berufserfahrung und einen im Land des Erwerbes staatlich anerkannten Berufsabschluss vorweisen kann. Der Abschluss muss nicht mehr in Deutschland anerkannt sein, das bedeutet weniger Bürokratie und kürzere Verfahren. Bei Flüchtlingen wie auch bei allen Zuwanderern gelte es, die klügsten Köpfe bei uns zu integrieren und ihnen attraktive Perspektiven aufzuzeigen. Damit sie gemeinsam mit uns allen - wie z. B. die polnischen Bergleute zu Beginn des 20. Jahrhunderts oder die Gastarbeiter in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts - unser Land gesellschaftlich und wirtschaftlich festigen und unseren gemeinsamen Wohlstand sichern. Anders als in den 60er Jahren ist heute ein internationaler Wettbewerb um die Fach- und Arbeitskräfte entbrannt. Diesem müssen wir uns durch ein aktive Migrationspolitik stellen, wenn wir unsere wirtschaftliche Kraft und den damit verbundenen Wohlstand sowie unsere Infrastruktur erhalten wollen.

„Ortsvereine neu denken“ oder: Wie stärken wir die Arbeit vor Ort?

Von Markus Schupp, Regionalgeschäftsführer

Es ist die große Stärke der SPD, dass wir in nahezu allen Orten des Landes mit unseren Ortsvereinen präsent sind. Unsere aktiven Mitglieder sind für die Menschen sichtbar und ansprechbar.

Viele unserer Ortsvereine sind insbesondere in den zuendehenden 40er Jahren und den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts entstanden. Einmal eine Zeit des Aufbruchs nach dem Ende des 2. Weltkriegs und dann die Zeit in der Willy Brandt eine sozialdemokratische Euphorie entfachte. Es waren Zeiten in denen die SPD große Mitgliederzuwächse hatte und so war es nur konsequent, dass sie ihre Strukturen ausgeweitet habe. Mit neuen Ortsvereinen in den Städten und Dörfern zwischen Flensburg und Lörrach konnte sie so ihren Anspruch als Volkspartei sichtbar demonstrieren und den Mitgliedern basisdemokratische Beteiligung ermöglichen.

Auch in der Ortenau gab es diese Entwicklung und so hat Südbadens größter Kreisverband nicht nur die meisten Mitglieder, sondern auch die größte Zahl an Ortsvereinen. Die Präsenz, die wir dadurch haben, ist eine Stärke, die wir uns unbedingt erhalten müssen, insbesondere auch, weil im

kommenden Jahr die Kommunalwahl ansteht.

Leider ist es aber auch so, dass wir in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich an Mitgliedern verloren haben – ein Trend, der vor allem nach der Wiedervereinigung im Jahr 1990 annähernd unbremst war. Hatte die SPD im Jahr 1976 noch gut über einer Million Mitglieder, so

liegt die Mitgliederzahl im Jahr 2021 nur noch bei knapp 400.000. Da hilft auch die Feststellung nicht, dass nahezu alle anderen Parteien vor der gleichen Situation stehen und es macht auch keinen Unterschied für uns, dass sich die Tendenz der geringer werdenden Bindung in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen wiederfindet. Kirchen und Vereine kennen die Problematik, dass Menschen sich gerne zielgerichtet und zeitlich begrenzt engagieren, die dauerhafte strukturelle Beteiligung aber scheuen.

Deshalb beschäftigt sich die SPD schon seit vielen Jahren und auf allen Ebenen mit der Frage, wie die Strukturen an diese Entwicklung angepasst werden kann. Tatsächlich erleben wir es ja in allen Kreisverbänden: Viele Ortsvereine sind gut organisiert und arbeiten mit Herzblut für die sozialdemokrati-

sche Sache, manche Ortsvereine haben aber auch ernsthafte Nachwuchsprobleme und immer die gleichen Aktiven halten den „Laden am Laufen“. Und: manche Ortsvereine, es gibt sie leider überall, existieren nur noch auf dem Papier. Politisches Leben ist dort schon lange nichtmehr zuhause. Tatsächlich droht unsere Struktur, die eigentlich unsere Stärke ausmacht, zunehmend zum Korsett zu werden, das uns behindert.

In der Vergangenheit haben wir, wenn Ortsvereine nichtmehr handlungsfähig waren, allzu oft damit reagiert, dass wir sie einfach einem anderen Ortsverein zugeschlagen haben. Dahinter stand die Hoffnung, dass sie es zusammen in der neuen Konstellation schon richten werden. Es gibt auch gute Beispiele, wo das hervorragend geklappt hat. All diesen Beispielen ist aber eines gemein: Diese neuen Ortsvereine konnten in allen Bereichen nur dann funktionieren, wenn es überall noch Menschen gab, die sich weiter engagiert haben. Überall dort, wo die letzten Aktiven sich nach der Zusammenlegung zurückgezogen haben, war dann schnell klar, dass die Zusammenlegung nicht zu neuer Stärke führte, sondern, dass eher das letzte Engagement noch zusätzlich einbrach. Verständlich im Einzelfall, da ja nicht selten jahrzehntelanges Engagement vorausging, aber auch schlimm für die Sozialdemokratie vor Ort, da sich das Engagement kaum wieder aufbauen ließ.

Im vergangenen Jahr hat es sich der Landesverband Baden-Württemberg zur Aufgabe gemacht, die Struktur zu durchleuchten und dabei eine möglichst ehrliche Bestandsaufnahme zu erstellen. Dafür wurde eine organisationspolitische Kommission eingesetzt, die sich die Kreisverbände, die Arbeitsgemeinschaften und auch die Ortsvereine anschauen sowie Vorschläge für die Weiterentwicklung der Partei insgesamt machen sollte. Für die Ortsvereine wurde ein Raster aufgestellt, anhand dessen sie in Zusammenarbeit mit den Kreisvorständen in ein **Ampelsystem** eingeteilt wurden. Von „grünen“ Ortsvereinen, die als regionale Leuchttürme gesehen werden, über „gelbe“ Ortsvereine, die strukturelle Schwierigkeiten haben bis hin zu „roten“ Ortsvereinen, bei denen dringender Handlungsbedarf gesehen wird. Natürlich können diese Einteilungen nur Hinweise geben und sind nicht als absolute Wahrheiten zu verstehen. Sicher ist aber, dass sie für den Kreisvorstand, der für die Einteilung des Kreisgebiets nach politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zuständig ist, ein Anhaltspunkt sein können.

Der Vorstand des SPD-Kreisverbands Ortenau hat sich intensiv mit diesen Ergebnissen beschäftigt und hat sich dazu entschlossen, die eigenen Strukturen so anzupassen, dass sie zukunftsfähig werden und politische Arbeit sowie sozialdemokratische Präsenz in den kommenden Jahren ermöglichen. Dafür hat er folgende Merkmale gesetzt, die in jedem Fall ermöglicht werden sollen.

(Fortsetzung nächste Seite ...)



Geschäftsführer Markus Schupp

„Ortsvereine neu denken“ oder: Wie stärken wir die Arbeit vor Ort?

Die Merkmale sind:

1. Es sollen mehr Ressourcen für politische Arbeit und weniger für Verwaltung aufgewendet werden.
2. Die SPD soll in möglichst jedem Ort präsent sein und dort als **SPD vor Ort** wahrgenommen werden können.
3. Den Mitgliedern muss es ermöglicht werden, sich auf allen Ebenen einzubringen.

In bisher zwei Ortsvereinskonferenzen wurde dies besprochen. Im Dezember trafen sich die Ortsvereine der Ortenauer Mitte, im Januar die des Ortenauer Nordens. Den Teilnehmern wurde präsentiert, wie die Einteilung der Ortsvereine in die Ampelkriterien sich darstellt. Es wurde ein Vorschlag für die zukünftige Zusammenarbeit vorgestellt, der dann in Gruppen diskutiert wurde. Das Ergebnis war, dass Ortsvereine neu gedacht werden sollen: Mehrere Orte können in einem Ortsverein zusammengefasst werden. Auf dieser Ebene werden dann die administrativen Dinge erledigt: die Mitgliederverwaltung, die Kassenführung und Rechenschaftslegung ebenso wie die Wahlen des Vorstands. Für die einzelnen Orte werden sogenannte Distrikte oder Ortsabteilungen gebildet, die sich einzig und allein um die politische und gesellschaftliche Arbeit vor Ort, sowie die Kommunalwahlen vor Ort kümmern. Wenn sich aktuell die Ortsvereine Berghaupten, Biberach, Gengenbach und Zell überlegen, wie sie die gemeinsame Zukunft gut gestalten können, dann bedeutet das, dass sie eben keine vier Vorsitzenden mehr brauchen, auch keine vier Kassierer:innen und auch keine vier Schriftführer:innen und auch keine mindestens acht Kassenprüfer:innen. Der Vorstand ist dann, einmal besetzt, für alle da. Wichtig ist aber, dass es in jedem Ort Menschen gibt, die sich bereitfinden, die freigewordenen Kapazitäten für die politische Arbeit einzusetzen. Deswegen ist es auch gut, dass sich z. B. die Ortsvereine im vorderen Kinzigtal nicht aus der Not heraus zusammenschließen, sondern weil sie erkennen, dass sie gemeinsam einfach mehr bewegen können.

Nicht nur der Kreisvorstand der Ortenau hat erkannt, dass das ein guter Weg sein kann, die SPD in der Fläche präsent zu halten. Der Landesverband forciert diesen Weg und das SPD-Regionalzentrum Südbaden gibt darüber hinaus jede Unterstützung, die möglich ist. Daher melde Dich gerne bei uns, wenn Du Fragen hast. Im Regionalzentrum ist Markus Schupp (markus.schupp@spd.de oder Tel. 0761 31010) gerne Dein Ansprechpartner für alle Fragen rund um diesen Prozess.

Markus Schupp, Geschäftsführer Regionalgeschäftsstelle Freiburg

Die neue Gemeinsamkeit

Das Beispiel „Ortsverein Vorderes Kinzigtal“

Mehr und mehr nimmt das Projekt „Zusammenschluss der Ortsvereine im Ortenaukreis“ Konturen an am Beispiel des zukünftigen „Ortsverein Vorderes Kinzigtal“, wobei dieser Titel noch nicht offiziell ist. Sicher ist bisher nur, dass sich die „Kinzigtäler“ Ortsvereine Berghaupten, Biberach, Gengenbach und Zell a. H. zusammenschließen und am 1. Juli 2023 mit der gemeinschaftlichen Arbeit beginnen.

Andere Kooperationen stehen in den Startlöchern, darunter Offenburg, Windschlag, Durbach, Zunsweier, Elgersweier, Zell-Weierbach und Ortenberg. Die Zusammenschlüsse passieren auf Augenhöhe. Durch eine neue Satzung wird die gemeinsame Arbeit geregelt und die Vertretung der einzelnen Gemeinden im Vorstand abgebildet.

Eine lebendige SPD vor Ort in jeder einzelnen Gemeinde ist das erklärte Ziel.

Mehr Präsenz, einfachere Verwaltung



Andrea Ahlemeyer-Stubbe

Die Vorteile der neuen Gemeinsamkeit: Kräfte werden gebündelt, bei Veranstaltungen gibt es mehr Helfer und eine stärkere Präsenz, das SPD-Leben vor Ort wird gestärkt, die Verwaltung gestaltet sich einfacher. Letzteres ergibt sich schon dadurch, dass es in den zusammengeschlossenen Vereinen nur einen Kassierer, Kassenprüfer und Pressesprecher gibt, somit diese Posten sich in den bisherigen Ortsvereinen erübrigen.

KI - Fluch oder Segen, Risiko oder Chance?

Beim Roten Abend des SPD-Ortsvereins Offenburg referierte der KI-Experte Fabian Linder über Künstliche Intelligenz

Was ist KI und welche Auswirkungen hat die Künstliche Intelligenz auf unser Leben? Der Produzent und KI-Experte Fabian Linder gab am Dienstag beim Roten Abend der SPD Offenburg im Billet'schen Schlösschen einen Einblick.

Beispielhaft stellte er ChatGPT vor, ein Tool, das Textinhalte generiert. Eine Untersuchung des MIT stellte fest, dass durch ChatGPT bei Aufgaben wie Storytelling oder Redenschreiben geringere Qualifikationen ausgeglichen werden können. Diejenigen, die mit ChatGPT gearbeitet haben, waren um 35 Prozent effizienter, die Qualität wurde gesteigert und die Zufriedenheit der Mitarbeiter nahm zu, da sie schneller und einfacher Erfolge erzielten. KI - Fluch oder Segen, Chance oder Risiko?

Es sei unmöglich, eine genaue Definition von KI zu finden, auch deswegen, weil sich KI stetig weiterentwickelt. Im Gegensatz zu Sci-Fi-Filmen sprechen wir im Alltag von schwacher KI, das heißt, sie sei kein HAL 9000, verfüge über kein Wissen, sondern muss gefüttert werden, Lernen und Anwendung sind streng getrennt. „Alexa und Siri gaukeln eine starke KI nur vor“, so Linder.

Grundlage für das problemgenaue Funktionieren von KI sind die zur Verfügung gestellten Trainingsdaten. In Europa stünden nicht ausreichend Rechnerkapazitäten dafür zur Verfügung, anders in den USA. Microsoft möchte zudem zehn Milliarden Dollar in das Unternehmen Open AI investieren, das hinter ChatGPT steht. Zwar möchte die Bundesregierung mit der EU mehr Unabhängigkeit, doch das ist aufgrund der besagten fehlenden Rechnerkapazitäten schwierig. So kämen 73 Prozent der Sprachmodelle aus den USA, 15 Prozent aus China. Das bedeutet, so Linder, dass die Trainingseinheiten keine europäischen Werte, Sprachen und Dialekte reflektieren, keine Datensicherheit. Und: „AI kann Rassismus“, so Linder. Werden Inhalte aus sozialen Netzwerken trainiert, erlerne die KI auch Verschwörungstheorien und Rassismus. „Das kann schnell reale Folgen haben, gerade im Security-Bereich“, sagt Linder.

KI hat durchaus positive Effekte. Berufe könnten aufgewertet werden, Pflegekräfte sich auf wesentliche Aufgaben konzentrieren, wie eine ZuhörerIn anmerkte. Auch in der Medizin- und Pharmaforschung oder der Analyse von Krankheitsbildern hat man bereits gute Erfahrung gemacht. Durch die Auswertung von Sprech- und Redeanteilen im TV oder in den Sozialen Medien konnten die Programmierer für ein diverseres Programm sorgen, oder Fakten und Fotos checken, etwa, ob Beiträge echt sind oder im Studio produziert wurden.

In der Politik kann KI zum Beispiel unterstützen bei Wahlforschung und -prognosen, beim Recruiting, der Werbung, beim Wahlkampf.

AITAD (autonomes Fahren, Sortieren in der Industrie), FLINKBACK (Hilfe bei der Weiterbildung); PREML (Kontrolle von Bauteilen), BAUTA (Blindsensoren für Smartcities, ADTracking); CONVERSIONMAKER (Optimieren von Webseiten/Onlineshops/Marketingmaßnahmen) sind Firmen in der Region, die erfolgreich mit KI arbeiten.

Trotz aller positiver Effekte, ethische Grundsätze und die eigenen Werte müssten gewährleistet sein, forderte eine ZuhörerIn, KI dürfe nur den Menschen unterstützend eingesetzt werden. Aus diesem Grund erarbeitet die EU das AI-Act. Da geht es um rechtliche Rahmen bei Grundrechten, Sicherheit und Haftungsfragen.

Das Gesetz sei noch nicht verabschiedet, so Linder. Es sei aber auch schwierig. Er wage heute keine Prognose mehr, zitiert Linder Sebastian Stober, Professor an der Uni Magdeburg, die Entwicklung sei zu rasant.



Fabian Linder (rechts) referiert bei der SPD Offenburg zum Thema „Künstliche Intelligenz“

GEMEINSAM FÜR DIE MISSION 30.000

Wir wollen 30.000 neue Mitglieder gewinnen, mindestens.

SEI DABEI!

So sieht ChatGPT die „Roten Socken“

Der Roter Ortenauer wollte die künstliche Intelligenz testen und gab bei ChatGPT folgende Schlagworte ein: SPD, Rote Socken, Ortenau, Geschichte.

Das ist das Ergebnis:

„Es war ein kalter Winterabend im Jahr 2012, als sich eine Gruppe von Menschen in Offenburg traf, um etwas Neues zu starten. Sie alle waren Mitglieder der SPD Ortenau und teilten die Leidenschaft für Musik und Gesang. Die Idee, einen Chor zu gründen, war geboren.

Schnell war klar, dass der Chor einen Namen brauchte. Die Mitglieder entschieden sich für "Die Roten Socken" - ein Ausdruck,

der früher oft als Schimpfwort für Sozialdemokraten verwendet wurde. Doch anstatt sich davon abhalten zu lassen, machten sie es zu ihrem Motto und zu einem Symbol für ihre politische Überzeugung.

Die "Roten Socken" begannen mit regelmäßigen Proben im "Bunten Haus" in Offenburg. Unter der Leitung von Petra Mayer-Kletzin, einer erfahrenen und professionellen Chorleiterin, sangen sie Lieder aus dem "Vorwärts-Liederbuch". Die meisten kannten sie schon aus ihrer Jugend oder von politischen Veranstaltungen.

Die Mitglieder des Chors waren alle keine professionellen Sänger, aber das war auch nicht das Ziel. Sie wollten vor allem Spaß haben und ihre sozialdemokratische Überzeugung auf eine andere Art und Weise zum Ausdruck bringen. Das Singen und Musizieren war für sie eine Möglichkeit, Gemeinschaft und Tradition zu pflegen.

Der Chor trat bei verschiedenen politischen Veranstaltungen auf und sang Lieder wie "Brüder, zur Sonne zur Freiheit" und "Die Internationale". Aber auch außerhalb der politischen Bühne traten sie auf und verbreiteten ihre Freude an der Musik.

Mit der Zeit wuchs die Gruppe und die "Roten Socken" wurden zu einem festen Bestandteil der SPD Ortenau. Sie feierten Erfolge und hatten viel Spaß dabei.

Im Jahr 2013 feierte die SPD ihr 150-jähriges Bestehen und die "Roten Socken" waren dabei. Sie sangen Lieder, die ihre politischen Ideale und ihre Freude an der Musik zum Ausdruck brachten.

Heute sind die "Roten Socken" ein fester Bestandteil der Musikszene in der Ortenau. Sie haben gezeigt, dass Politik und Musik sehr wohl zusammenpassen und dass man auch durch das Singen und Musizieren seine Überzeugungen ausdrücken kann.“

ChatGPT kann auch Songs texten:

Der Rap-Song „Die Roten Socken“

[Verse 1]

Hier kommt der Song von den roten Socken,
Wir sind die SPD-Ortenau, lasst uns rocken.
Wir haben uns das Schimpfwort zum Motto gemacht,
Stehen zu unseren Idealen, Tag und Nacht.

[Chorus]

Rote Socken, rote Socken, SPD-Ortenau,
Wir singen und musizieren, das ist unser Traum.
Politische Diskussionen, das ist uns auch wichtig,
Aber heute wird gerappt, das ist doch richtig!

[Verse 2]

Wir sind keine Starsänger, das ist wahr,
Aber wir haben Spaß, das ist doch klar.
Petra Mayer-Kletzin leitet uns gekonnt,
Singt mit uns die Lieder aus dem Vorwärts-Liederbuch bis zum letzten Ton.

[Chorus]

[Verse 3]

Wir wollen Gemeinschaft und Tradition pflegen,
Und die sozialdemokratischen Ideen in die Welt bewegen.
Brüder zur Sonne zur Freiheit, kennt ihr das?
Oder Die Gedanken sind frei, singt mit uns im Takt.

[Chorus]

[Verse 4]

Also lasst uns gemeinsam die Bühne rocken,
Die roten Socken werden euch schocken.
Wir haben keine großen Ambitionen,
Aber wir haben Groove und Rhythmen.

[Chorus]

[Outro]

Also kommt und macht mit,
Die roten Socken sind immer fit.
Wir sind die SPD-Ortenau, lasst uns feiern,
Die Bühne gehört jetzt uns, lasst uns rocken und scheppern!

Aus den Ortsvereinen

Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Kippenheim/Mahlberg

Vorsitzender Heinz Siefert ging bei der gut besuchten Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Kippenheim/Mahlberg auf die aktuellen politischen Herausforderungen wie Klimawandel, Energiekrise, die dringenden Veränderungen im Krankenhauswesen, die Rüstungskontrolle und die Flüchtlingsproblematik ein, wobei die beiden letzteren Aufgaben Ergebnis des katastrophalen Krieges in der Ukraine seien. Beim Rückblick auf die eigenen Veranstaltungen des SPD-Ortsvereins



Foto: Vorsitzender Heinz Siefert (rechts), Ilse Steinhof-Littmann und Peter Textor

nannte er die wichtige Info-Veranstaltung des Mitgliedes und Steuerexperten Norbert Bürkle-Kaluscha zur Grundsteuerreform sowie einen Info-Abend mit dem Bundestagsabgeordneten Johannes Fechner. Das gesellige Beisammensein wurde durch das Grillfest des SPD-Ortsvereins an der Vogesenblickhütte in Schmieheim sowie eine Sternen-Winterwanderung im Februar gefördert. Als Höhepunkt des zurückliegenden Vereinsjahrs bezeichnete der Vorsitzende den Besuch des SPD-Ortsvereins im Europäischen Parlament in Straßburg. Aus der Arbeit der Gemeinderäte berichteten für Kippenheim Irene Preschle und Julian Siefert. Die Ausführungen aus dem Stadtrat Mahlberg von Barbara Frieden wurden durch Bürgermeister Dietmar Benz aus Mahlberg ergänzt. Benz dankte bei der Gelegenheit - auch namens des Kippenheimer Bürgermeisters Matthias Gutbrod - dem SPD-Ortsverein für sein Engagement in den Gemeinden.

Im Rahmen der Jahreshauptversammlung wurden langjährige Mitglieder der Partei geehrt: Heinz Siefert (40 Jahre), Ilse und Helmut Littmann (30 Jahre), Peter Textor (25 Jahre) und Michael Matt (10 Jahre).

Rote Socken am 1. Mai beim DGB zu Gast



Bei der Maikundgebung des DGB in Offenburg waren zur Mittagszeit auch die Roten Socken der SPD Ortenau zu Gast. Nach den Ansprachen unterhielten sie die zahlreichen Teilnehmer des Familienfestes bei der Alevitischen Gemeinde mit traditionellen Arbeiter- und Friedensliedern.

Foto (v. l.): Martine De Coeyer, Regina Hofmann, Angelica Schwall-Düren, Helga Pfahler, Christa Winkler, Annerose Tschertner, Rolf Winkler, Friedhelm Tschertner, Martin Waniek, Victor Witschel, Helmut Lind und Petra Mayer-Kletzin.

Besuch des „Salmens“ in Offenburg

Am 17. Juni 2023 besuchen wir den Salmen in Offenburg. Der Besuch dauert mit Film und Führung 90 Minuten. Anschließend werden wir zusammen im Café Central (Bella Ciao) sitzen, um über den Besuch zu sprechen und etwas essen.

Kosten:

Erwachsene 5 EUR

Schüler 3,5 EUR

Kinder kostenlos

Angemeldet sind 15 Personen.

Die Gruppe am 17.06. ist fast vollständig. Wenn du interessiert bist, melde dich an. Eventuell können wir eine zweite Gruppe Ende September organisieren.

Anmeldung bei Martine De Coeyer

E-Mail-Adresse: martinedecoeyer@t-online.de

Tel. 0176/39554611

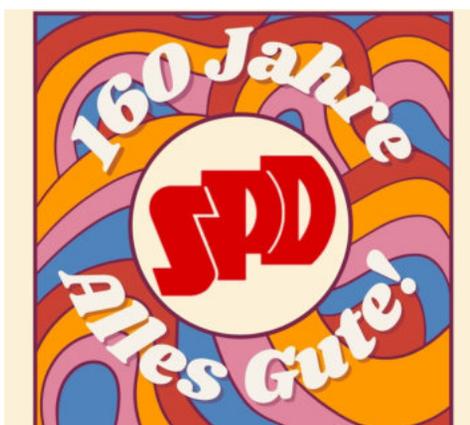
Der Salmen spielt in verschiedener Weise eine wichtige Rolle in der Geschichte unserer Region und in Deutschland. Nach einer aufwendigen Restaurierung wurde das Haus wiedereröffnet.

Fast zwei Jahrhunderte Demokratieggeschichte trägt der Salmen in seinen Mauern. Die Versammlung der Freunde der Verfassung vom 12. September 1847, die im Gasthaus Salmen stattfand, gab den Startschuss für die badische und deutsche Demokratiebewegung. Am 17. April 2023 wurde in Konstanz an den Aufmarsch des Hecker-Zuges nach Karlsruhe im Rahmen einer Gedenkfeier erinnert.

Der große Saal diente viele Jahre auch als Synagoge für die jüdische Gemeinde in Offenburg. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten wirkte sich auch in Offenburg aus. In der "Reichspogromnacht" vom 9. auf den 10. November 1938 wurde die Einrichtung der Synagoge im Salmen völlig zerstört. Das Gebäude wurde als Internierungslager für jüdische Mitbürger bis zu ihre Deportation genutzt.

Weitere Informationen gibt es unter:

<https://www.offenburg.de/de/leben-in-offenburg/kultur/freiheitsstadt-offenburg/der-salmen/>



Bürgermeisterwahl in Seelbach

Am 17.12.2023 findet in Seelbach die Bürgermeisterwahl statt. Der bisherige Amtsinhaber, Thomas Schäfer, wird nicht mehr antreten. Seelbach mit seinen Ortsteilen Schönberg und Wittelbach hat aktuell etwa 5.000 Einwohner. Die Gemeinde hat eine Verwaltungsgemeinschaft mit Schuttertal und ist die erfüllende Gemeinde.

Die Bürgermeisterstelle ist derzeit in der Besoldungsgruppe B2 eingruppiert.

Wenn von euch, liebe Genossinnen und Genossen, jemand Interesse an einer Kandidatur hat oder wenn ihr jemanden kennt, der oder die Interesse hätte, dann meldet euch doch bitte bei uns unter info@spd-seelbach.de

Besuch in Berlin



Auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Dr. Johannes Fechner haben vier Mitglieder des SPD-Ortsvereins Lahr an einer Tagung für politisch Interessierte in Berlin teilgenommen. Ein sehr interessantes Gespräch im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung stand auf dem Programm, ebenso der Besuch einer Plenarsitzung im Deutschen Bundestag, dem „Schalthebel der Macht“. Eine lebhaftige Diskussion mit dem Abgeordneten sowie der Besuch der Kuppel des Reichstagsgebäudes schlossen sich an. Mit einer Führung in der Gedenkstätte Hohenschönhausen (ehemalige zentrale Untersuchungsanstalt der Stasi) endete das offizielle Programm.

Foto (v. l.): Monika Weismann, Dr. Johannes Fechner (MdB), Dorothea Hertenstein, Renate Hirsch und Heide Beuschel

Aus den Ortsvereinen

Berlin-Reise des SPD-Ortsvereins Kippenheim/Mahlberg

Eine beeindruckende und sehr informative Reise nach Berlin bot der SPD-Ortsverein Kippenheim/Mahlberg vom 24. bis 27. April an. 23 Mitglieder der SPD plus Angehörige schlossen sich der Reisegruppe an und können jetzt auf ein interessantes Erlebnis zurückblicken.

Nach der Anreise mit Bus stand zunächst ein Besuch des Deutschen Bundestages im Reichstagsgebäude an. Dem Vortrag zur Arbeit und den Aufgaben des Parlaments im Plenarsaal folgte der obligatorische Besuch der Kuppel des Reichstagsgebäudes. Zuvor ließ es sich MdB Johannes Fechner jedoch nicht nehmen, die Gruppe im Bundestag zu begrüßen. Es schloss sich eine kurzweilige Diskussion zu den aktuellen politischen Fragen an, wobei Johannes Fechner gewohnt ausführlich und prägnant die politische Lage schilderte.

Am darauffolgenden Tag stand dann eine Stadtrundfahrt unter dem Aspekt "Geschichte und Gegenwart Berlins im Überblick und mit Bezug zur SPD" auf dem Programm. Die Reiseleiterin erwies sich als hervorragend sachkundige Insiderin. Sie ließ nicht nur die vergangenen 100 Jahre Revue passieren, sondern berichtete auch ausführlich aus der Zeit der politischen Unruhen Ende der 1960er Jahre sowie der städtischen Entwicklung Berlins. Ausstiege am Bebelplatz (Denkmal der Bücherverbrennung), am Haus der Wannseekonferenz (Schauplatz der berühmten Konferenz über die "Endlösung der Judenfrage") und auf dem Waldfriedhof Zehlendorf mit den Grabstätten von Willy Brandt und Ernst Reuter ergänzten diese besondere Tour durch Berlin. Die Stadtrundfahrt endete beim Willy-Brandt-Haus. "Unter die Haut" gingen die Besichtigungen am dritten Tag der Reise.



Die SPD-Reisegruppe mit Johannes Fechner unter der Kuppel des Reichstagsgebäudes.

Zunächst stand eine Führung in der „Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße“, der ehemaligen Stasi-Zentrale, auf dem Programm. Die Führung zeigte mit schonungsloser Offenheit und Direktheit, wie die Staatssicherheit

in der SED-Diktatur funktionierte, wie Millionen von Menschen in der DDR unter Kontrolle gehalten wurden, wie das System der hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiter funktionierte.

Die Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße machte wieder deutlich, dass die Weltstadt Berlin von 1961 bis 1989 geteilt war, dass West-Berlin einst auf einer Länge von 155 Kilometern von einer Mauer als Bollwerk umgeben war. Zum Abschluss des Tages besichtigte die Gruppe das Stasi-Gefängnis in Berlin-Hohenschönhausen. Dort hat die Staatssicherheit der DDR von 1951 bis Januar 1990 in einer zentralen Untersuchungshaftanstalt tausende politisch Verfolgter inhaftiert, darunter viele bekannte DDR-Oppositionelle. Ein ehemaliger politisch Inhaftierter führte durch die Gedenkstätte. Er vermittelte sehr beeindruckend die Abläufe der Haft ab dem Zeitpunkt der Einlieferung. Es ist eigentlich unvorstellbar, wie die Gefangenen anfangs psychischer Gewalt, später physischer Tortur ausgesetzt und strikt von der Außenwelt und sozialen Kontakten abgeschnitten waren.

Die SPD-Reisegruppe hatte ihr Domizil im Gästehaus der Landesvertretung Baden-Württemberg am Tiergarten. Die zentrale Lage dieser Unterkunft und das freundliche Personal trugen wesentlich dazu bei, dass der Aufenthalt mehr als lohnenswert und wirklich gelungen war. Während des ganzen Aufenthalts wurde auf das leibliche Wohl großen Wert gelegt; die Einkehr in teilweise urigen Berliner Gaststätten, und auch beeindruckende nächtliche Spaziergänge auf den Flaniermeilen "Friedrichstraße" und "Unter den Linden", einschließlich dem immer wieder beeindruckenden Gang durchs Brandenburger Tor, rundeten das vielseitige Programm charmant ab.



Erinnerungsfoto aus dem Willy-Brandt-Haus, der Herzkammer der Sozialdemokratie, vor der berühmten Willy-Brandt-Skulptur von Rainer Fetting

Aus den Ortsvereinen



SPD Renchen lud zum Empfang und zur Live-Schalte nach Berlin ein

Die SPD Renchen startete mit einem Empfang in das politische Jahr. Eingeladen als Referent war unser Bundestagsabgeordnete Johannes Fechner. Christoph Unterhalsberger, Vorsitzender der SPD Renchen und der AG60+, begrüßte dabei über 30 Gäste, darunter viele aus den umliegenden Ortsvereinen.

Bericht aus Berlin

Johannes berichtete aus Berlin. Als parlamentarischer Geschäftsführer ging er vor allem auf die Reform des Wahlgesetzes ein. Auch stand der Krieg in der Ukraine und dessen Folgen im Vordergrund. Dabei machte er deutlich, dass wir mit der Gas- und Strompreisbremse die Bürgerinnen und Bürger entlastet und die Menschen nicht im Stich gelassen haben. Auch die medizinische Versorgung und die Rentenpolitik waren Teil der Diskussionen mit den anwesenden Gästen.

Vier neue Mitglieder begrüßt

Zur Freude der Mitglieder wurden vier Neue im Ortsverein begrüßt. Merdan Seker, der bereits Genosse ist, stieß aufgrund eines Wechsels seines Wohnsitzes nach Renchen. Tristan Lauk, Achim Vogt und Oliver Kehret wurden als Neumitglieder begrüßt und herzlich in Empfang genommen.

Heinz Schäfer, Ehrenbürger Stadt Renchen und 1. Bürgermeisterstellvertreter, gab einen Rückblick auf die Geschichte des „Hauses der Vereine“ in Renchen, das früher eine französische Kaserne war.

Live Schalte nach Berlin

Im März lud die SPD Renchen zur Mitgliederversammlung ein. Im Rahmen der Versammlung fand eine Live-Schalte nach Berlin statt. Wolfgang Nafroth informierte in einem Webinar, wie wir es schaffen, als SPD wieder von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besser wahrgenommen zu werden.

Im Anschluss darauf gab es eine Diskussion über die vorgeschlagenen Ideen und Anregungen.

Jusos Ortenau in Schottland zu Gast



Mitte April machten sich die Jusos aus der Ortenau und aus Freiburg auf den Weg. Ziel war Edinburgh, genauer die „International Youth Conference“ der Young Scots for Independence, die Jugendorganisation der sozialdemokratischen Scottish National Party (SNP). Nachdem die Schotten zuletzt im vergangenen Sommer zum „Europakongress“ der Jusos Baden-Württemberg in die Ortenau waren, folgte nun der Gegenbesuch. Die pro-europäischen Schotten, auf ihrem Weg in Richtung Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich, veranstalteten am Wochenende vom 14. bis 16. April eine Konferenz, um nicht nur über die Rolle von Schottland in Europa, sondern auch über die großen Fragen zum Thema Europa und internationaler Zusammenarbeit zu diskutieren. Außerdem hielt jede der teilnehmenden Jugendorganisationen eine Präsentation über ihre Arbeit.

„Es ist unsere erste internationale Konferenz als YSI. Wir sind so froh über unsere Kontakte in Europa. Eine solch gute Zusammenarbeit ist nicht selbstverständlich“, so Olaf Stando, einer der Vorsitzenden der Young Scots for Independence und der Hauptorganisator der Konferenz. Neben den Jusos waren unter anderem folgende Jugendorganisation mit dabei: Plaid Ifanc (Wales), DSU (Dänemark), ECOLO J (Belgien), DWARS (Niederlande), Młodzi Razem (Polen), Jovent Republica (Katalonien).

Nicht alle dieser Jugendorganisationen gehören dem sozialdemokratischen Spektrum an, wie zum Beispiel die ECOLO J aus Belgien, die zu den jungen Grünen zählt. „Dennoch haben wir fast immer einen Konsens gefunden. Es war schön zu sehen, dass auch wenn wir nicht aus demselben Land und eventuell auch nicht aus demselben politischen Spektrum gehören, wir doch alle ähnliche Ziele und Werte vertreten“, so Daniel Busam von den Jusos Ortenau. „Wir wollen definitiv einige Kontakte halten und ausbauen“, ergänzt Timo Kaufmann. Zu den Veranstaltungen der Konferenz zählten einige Panels mit SNP-Politiker:innen und Aktivist:innen, u. a. Alyn Smith (MP in London und früherer Europa-Abgeordneter), sowie Workshops zu den Themen, wie man in Europa Rechtsextremismus, die steigenden Preise und die Klimakrise bekämpfen könnte. Immer wieder wurde die europäische Zusammenarbeit betont.

Jakob Haß, der stellvertretende Vorsitzende der Ortenauer Jusos, steht seit der Konferenz im vergangenen Jahr im ständigen Kontakt mit Stando und weiteren YSI-Aktivist:innen. „Wir als Jusos Ortenau unterstützen die Schotten und halten den Brexit für einen großen Fehler, deshalb unterstützen wir die schottischen Bestrebungen, als unabhängiges Land in die EU zurückzukehren. Ich glaube, dass viel zu Wenige wirklich über die Situation in Schottland Bescheid wissen. Das Vereinigte Königreich wird immer als freiwillige Union dargestellt, aber scheinbar kann man trotz Mandat nicht ohne Zustimmung der Regierung in London aussteigen. Das ist nicht demokratisch und deshalb sehen wir uns als Sozialdemokraten in der Pflicht, unsere Solidarität zu bekennen. Zudem begrüßen wir den europäischen Kurs und würden uns sehr freuen, Schottland eines Tages wieder in der EU zu haben.“

Am Tag nach der Konferenz, ging es für die deutsche Delegation wieder nach Hause.

„Wir haben nicht nur wertvolle Eindrücke sammeln dürfen, sondern wirklich tolle Menschen kennengelernt. Dass wir als Europäer:innen die Möglichkeit haben so etwas tun zu können, schätzen wir sehr“, ergänzt Busam.

Die Jusos hoffen, auch in Zukunft ihre Kontakte auf europäischer Ebene ausbauen zu können.

Fünf Themen, zehn Punkte für Offenburg

Die SPD Offenburg traf sich zu ihrem Kandidierenden-treffen im Lehrerseminar.

Gute Stimmung und gute Ergebnisse.

Was passt zu Offenburg und seinen Menschen? Mit dieser Fragestellung beschäftigten sich die Mitglieder der SPD Offenburg und die Kandidierenden, als es am vergangenen Samstag in die zweite Vorbereitungsphase für die Kommunalwahl 2024 ging. Auch dieses Mal war die Stimmung gut. „In den Diskussionsrunden haben wir wieder viele gute Ideen zu den Themenkomplexen Umwelt, Verkehr, Mobilität, Familie/Wohnen/Leben und Arbeit entwickelt“, erklärten die stellvertretenden Vorsitzenden Birgit Seitz und Julia Letsche. „In einem offenen Dialog mit den Kandidierenden konnten wir die bisher erarbeiteten Felder weiter ausbauen“, so dass man am Ende mit fünf Themen und zehn Punkten in die nächste Vorbereitungsphase für die Kommunalwahl gehen kann. „Die Idee ist, das Gemeinschaftsgefüge innerhalb des Vereins und mit den Kandidierenden zu fördern, um so gestärkt in den eigentlichen Wahlkampfmodus zu gehen. Das ist uns gelungen“, sagte Vorstandsmitglied Sebastian Henties, der Leiter des Führungsteams „Kommunalwahl“. „Die Themen, die wir hier aufgezeigt haben, sind uns wichtig. Dafür stand und steht die SPD Offenburg.“



Foto (v. l.): Birgit Seitz und Julia Letsche (stellv. Vorsitzende), Sebastian Henties (Vorstand, Leitung Führungsteam „Kommunalwahl“), Anke Dogs-Hoffmann, Boris Kaiser, Samuel Boström und Jana Simon.

Hauptversammlung der SPD Hornberg

Bei der Jahreshauptversammlung der SPD Hornberg wurde nach einer Satzungsänderung die Führungsposition doppelt besetzt.

„Am 27. Februar letzten Jahres ist für mich eine Welt zusammengebrochen. In der neuen bin ich noch nicht angekommen, und dass wir wieder Krieg nach einer erfolgreichen Friedenspolitik haben, hätte niemand für möglich gehalten“, sagte Dieter Müller, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Hornberg, in der Hauptversammlung. Damit umzugehen müssten alle erst lernen.

Er blickte zurück auf einige Veranstaltungen 2022, darunter das Sommerfest, und richtete den Blick schon besonders hin zu den Kommunalwahlen 2024. Mit der Kandidatensuche habe man bereits begonnen und schon erste Zusagen bekommen. Er appelliert an alle, weiter nach geeigneten Personen zu suchen.



Neues Führungsduo in Hornberg: Dieter Müller und Heike Harter

Im Vorstandsteam gab es nach der Satzungsänderung einen zukunftsweisenden Schritt. So wählten die Mitglieder mit Heike Harter und Dieter Müller erstmals eine paritätische Doppelspitze. Es sei ein Ziel der SPD, auch auf kommunaler Ebene Führungspositionen paritätisch zu besetzen. „Wir haben einiges vor“, sagte Vorsitzende Heike Harter nach ihrer Wahl.

Die Kandidatensuche stehe ganz oben. Sie ermutigte, zur Wahl zu gehen und mahnte eine ordentliche Wahlbeteiligung an. Sich nicht zu beteiligen sei ein „furchtbarer Trend“, so der allgemeine Tenor. Alle Anregungen und Ideen seien willkommen.

Für 50 Jahre wurde Margarete Ziegler geehrt, die stets um die Gleichberechtigung der Frauen kämpfte, und für 25 Jahre Werner Müller. Neben den Vorsitzenden wurden Kassiererinnen Petra Streif, Schriftführer Achim Schemel sowie die Beisitzer Helmut Epting und Eva Laumann gewählt.

Aktion der SPD Schutterwald

Pünktlich zum Frühjahrsanfang wurde von der SPD Ortsgruppe Schutterwald fünf weitere Nistkästen/Nisthöhlen spendiert, um das Wohnangebot für Vögel im Bürgerpark zu erweitern. Hans Jörg Kathan wählte unterschiedliche Modelle aus, um verschiedenen Vogelarten eine Niststätte bieten zu können. Zwei Halbhöhlen bieten Unterkunft für



Uwe Matt (Bauhofmitarbeiter), Sabine Gabel, Achim Fischer, Thomas Fritsch, Maria Jung, Hans Jörg Kathan und Enkel Karl

Hausrotschwanz, Bachstelze, Rotkehlchen oder Zaunkönig. Zwei Nisthöhlen mit kleineren Fluglöchern sind für Blau-, Sumpf-, Tannen- oder Haubenmeisen reserviert. Für alle Meisen, Gartenrotschwanz, Klaiber und Sperling dient eine Nisthöhle mit größerem Einflugloch. Wichtig ist die Ausrichtung der Einfluglöcher nach Osten. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an den Bauhof, vor allem an Uwe Matt, der die Nistkästen anbrachte.

SPD Offenburg trauert um Günther Hering

Günther Hering, ehemaliger Stadtrat der SPD Offenburg, ist im Alter von 87 Jahren gestorben. Geboren in Hamburg, aufgewachsen in der DDR, studierte Hering Landwirtschaft. 1970 kam er in die Ortenau, ab 1986 war er stellvertretender Leiter des Landwirtschaftsamtes in Offenburg. Weggefährten bescheinigen ihm großes politisches Engagement. Er sei ein „politisch denkender Mensch“ gewesen, dem wirtschaftliche Themen ein Anliegen waren. Auslandsaufenthalte hätten ihn veranlasst, in die SPD einzutreten. Er war SPD-Kreisvorsitzender, Stadtrat in Offenburg und langjähriges Vorstandsmitglied des SPD-OV Offenburg, wie sich Jochen Ficht erinnert. In seine Zeit fielen Projekte wie die Ausweitung der Fußgängerzone oder die Verlängerung der Moltkestraße. 20 Jahre war er im Seniorenbeirat Offenburg. 1980 kandidierte Günther Hering für den Landtag.

Termine

Samstag, 03.06.2023, 14 Uhr

Kreisvorstandssitzung in Offenburg (Präsenz)

Montag, 12.06.2023, 19 Uhr

Kreisvorstandssitzung (Online)

Samstag, 17.06.2023, 11.00 Uhr

Besuch der Ausstellung im „Salmen“ in Offenburg. Ein zweiter Besuch ist im Herbst geplant.

Mittwoch, 12.07.2023

Besuch des EU-Parlaments in Straßburg

Sonntag, 16.07.2023, 11 Uhr

Sommerfest der SPD Gutach im Kurpark

Schöne Pfingsten!

Impressum

V. i. S. d. P: SPD-Regionalzentrum Südbaden

Merzhauser Str. 4, 79100 Freiburg

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22. Mai 2023

Redaktion „Der Rote Ortenauer“:

Martine De Coeyer, Dr. Jutta Hagedorn, Helmut Lind,

Petra Mayer-Kletzin, Helga Pfahler und

Gerd Zimmermann

Unsere Arbeit für den „Roten Ortenauer“ ist ehrenamtlich.

E-Mail: zeitschrift@spd-ortenau.de

Internet: www.spd-ortenau.de

www.roter-ortenauer.de

Facebook: www.facebook.com/spdortenau

www.facebook.com/der-rote-ortenauer

Copyright © 2023 SPD Ortenau

Bildnachweise

Seite 1: SPD Ortenau

Seite 3: Fionn Große

Seite 4: Gabi Rolland

Seite 5: Matthias Wiedemer

Seite 6: Wolfgang Achnitz, Helmut Lind

Seite 7: Martine De Coeyer

Seite 9: Anja Limbrunner

Seite 10: Andrea Ahlemeyer-Stubbe

Seite 11: SPD Offenburg, SPD.DE

Seite 12: Helmut Lind

Seite 13: SPD Kippenheim/Mahlberg, Hermann Pfahler

Seite 14: SPD.DE, Dorothea Hertenstein

Seite 15: SPD Kippenheim/Mahlberg

Seite 16: SPD Renchen

Seite 17: Sven Hartung

Seite 18: Sven Hartung, SPD Hornberg

Seite 19: SPD Schutterwald